

**11 Bürgerinitiativen sprechen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zur Urbanen Mitte. Unzulänglichkeiten in den Gutachten kritisiert. Das Bauvorhaben wird in Zeiten von Corona und Klimakatastrophe in Frage gestellt.**

Die „Urbane Mitte“, das geplante Büroareal am Gleisdreieck und möglicherweise bald eine von Berlins größten Baustellen, ist wieder einmal Fokus der Aufmerksamkeit.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen haben sich am Mittwoch Abend 11 Bürgerinitiativen zu Wort gemeldet - vom Stadtteil-Forum Tiergarten Süd über die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz sowie dem Expertenkreis im Beteiligungsverfahren "Zukunft Landwehrkanal" bis zu Zusammenschlüssen von Anwohnern, Architekten und Stadtplanern rund ums Gleisdreieck. Die geballte Kompetenz hat in einem fast einstündigen Vortrag zahlreiche Mängel in den Gutachten aufgezeigt und das laufende B-Plan Verfahren massiv kritisiert.

Dabei wurden Umweltthemen wie Vogelschlag, Wasserverschmutzung und Baumrodung referiert und der Nachweis erbracht, dass diese in den Gutachten unzulänglich oder auf Grundlage falscher Voraussetzungen untersucht worden waren. Auch Verschattung, Verkehrsbelastung und der Erholungswert des Parks, der durch den Bau der geplanten 120.000 qm verloren gehen würde, waren Thema. Besondere Aufmerksamkeit erfuhren die baulichen Themen. Der Behauptung, dass die Nutzung der urbanen Mitte für Wohnraum aufgrund der hohen Lärmwerte nicht möglich sei, wurde klar widersprochen. Überall in Berlin gibt es höhere Belastungswerte, auch im Neubau. Die Baufläche selbst, basierend auf dem städtebaulichen Vertrag von 2005, muss bei näherer Untersuchung des Vertragswerkes wesentlich niedriger ausfallen. Die Dichte der vorgeschlagenen Baukörper birgt zudem erhebliche Sicherheitsrisiken und ist aus Denkmalschutzperspektive eine Katastrophe. Darüber hinaus ist bereits die städtebauliche Begründung des gesamten Projekts zweifelhaft. Die urbane Mitte hat explizit keinen Kerngebietscharakter, dieser wäre aber Voraussetzung für die Verabschiedung des B-Plans. In Zeiten von Corona und rapide sinkender Nachfrage nach Bürofläche sowie in Zeiten der Klimakatastrophe ist dieses monumentale Bauprojekt ein Anachronismus.

**Die Initiativen forderten mit Nachdruck eine Zurückweisung der mangelhaften Gutachten, die Verhinderung der 100% Versiegelung und kein Bauvolumen über das im städtebaulichen Vertrag vorgesehene Maß hinaus.**

Baustadtrat Schmidt räumte ein, dass ein Projekt dieser Größe und Komplexität sehr gut begründet sein muss und rechnet mit einem langen Prozess. Er kündigte an, dass im Rahmen der Auswertung der Bürgerbeteiligungs-Stellungnahmen alle aufgeworfenen Detailfragen beleuchtet werden, nicht zuletzt auch aus rechtlicher Perspektive.

Weitere Informationen

Matthias Bauer

Tel 0157 846 77 844

Mail [bauer.matthias@gmx.net](mailto:bauer.matthias@gmx.net)